

MÄRZ 2022

Kauroff

Antrittsbesuch bei
Garbens Bürgermeister

Freistellungen im
Katastrophenschutz gewährleistet

Enquetekommission
übergibt Abschlussbericht





Rüdiger Kauroff

Ich bin seit 2017 der direkt gewählte Landtagsabgeordnete für die Stadt Garbsen und die Gemeinde Wedemark. Damit verrete ich unmittelbar die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Niedersächsischen Landtag.

Ich bin 2005 der SPD beigetreten. 2008 wurde ich Vorsitzender des Ortsvereins Garbsen und gehöre seit 2006 dem Rat der Stadt Garbsen an. Ferner bin ich seit 2011 stellvertretender Bürgermeister der Kommune.

Im Niedersächsischen Landtag bin ich Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, dem Petitionsausschuss sowie dem Ausschuss für Inneres und Sport.

Ich darf zudem Sprecher für Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutz der SPD-Fraktion sein und habe die Funktion des Sprechers für Handwerk und Mittelstand inne.

Zudem bin ich Sprecher meiner Fraktion für die Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ im Niedersächsischen Landtag.

Rüdiger Kauroff

Landtagsabgeordneter für
Garbsen und die Wedemark



VORWORT

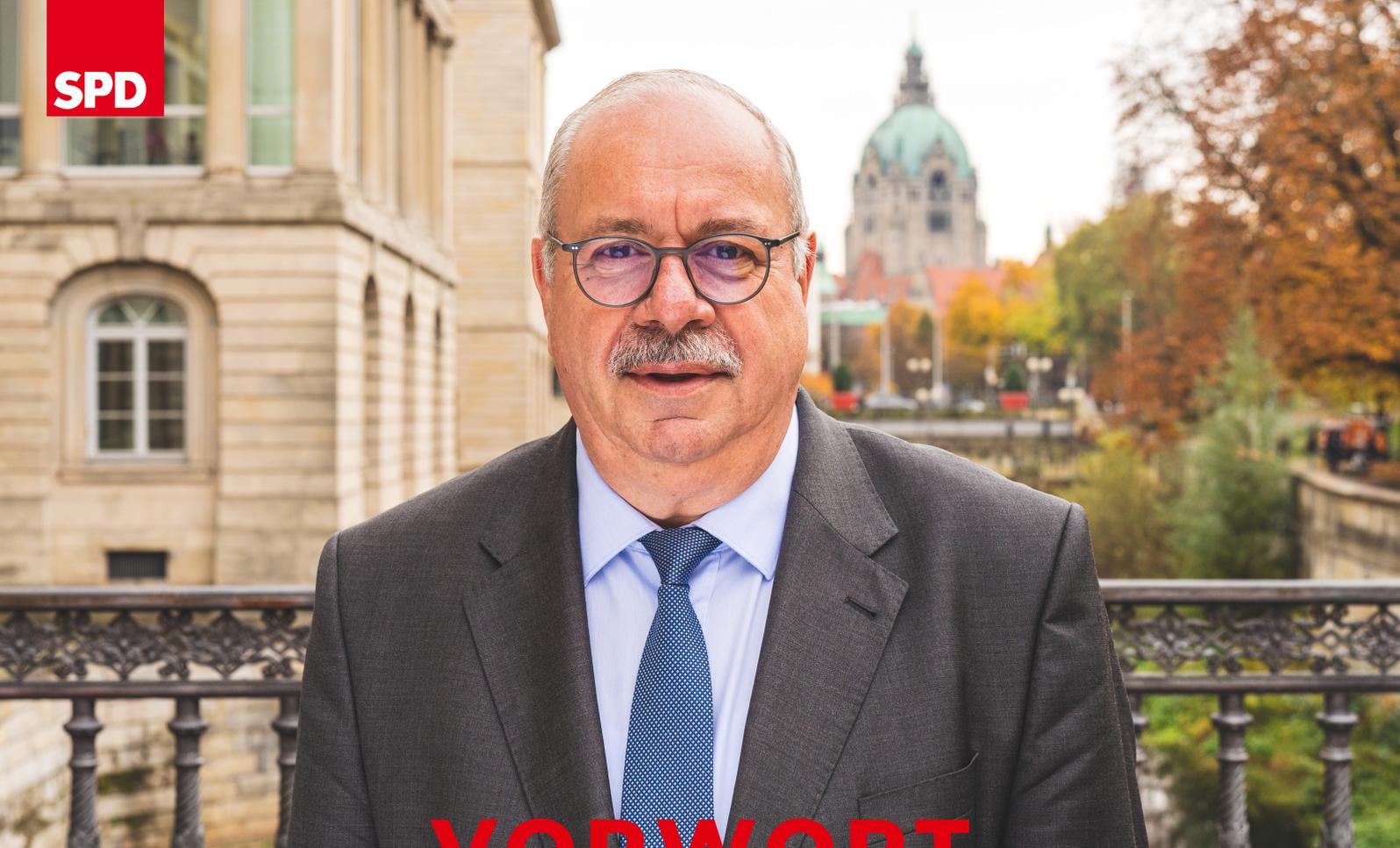
Lieber Mitbürgerin, lieber Mitbürger,

dem Krieg in der Ukraine lässt sich nichts Gutes abgewinnen und dazu gehört auch die Energiepolitik. Im Gegenteil: Zum ersten Mal ist die Versorgung mit ausreichender Energie in Frage gestellt, denn ein großer Teil der Heizungen und auch ein großer Teil von Industrieunternehmen benötigen dafür Gas, vor allem Erdgas aus Russland. Hinter dieser Versorgung stehen derzeit durchaus Fragezeichen – die Ukraine etwas fordert ein Energieembargo des Westens gegen Russland und Russland droht kaum noch verhöhlen mit einem Stopp von Lieferungen.

Gas macht derzeit etwa ein Viertel des Energieverbrauchs in Deutschland aus und etwas weniger als die Hälfte davon stammt aus Russland. Fallen diese Lieferungen aus, wird die Wärme zu rationieren sein. Nun steigen zwar die Temperaturen und die Heizperiode geht allmählich zu Ende.

Viele Industriebereiche aber brauchen unbedingt eine kontinuierliche Energieversorgung. Sonst gehen im wahrsten Sinne des Wortes die Lichter und vor allem auch die Produktionsanlagen aus. Damit würden in vielen Fällen existentielle Probleme entstehen. Das wären weitreichende Konsequenzen, die wir, wenn möglich, vermeiden sollten. Gleichzeitig ist aber klar, dass Deutschland seine Abhängigkeit von russischem Gas beenden muss. Banker würden wohl von einem Klumpenrisiko sprechen. Und deswegen ist auf einmal Bewegung in eine Diskussion gekommen, die eigentlich so neu nicht ist.

Natürlich lässt sich Erdgas ersetzen, am leichtesten durch Flüssiggas (LNG), das in gewaltigen Tankern aus unterschiedlichen Teilen der Welt geliefert werden kann. Bis jetzt allerdings hat Deutschland dafür keine Terminals. Zwar gibt es seit einigen Jahren durchaus Konzepte zum Bau solcher Terminals, aber durchdachte Finanzierungslösungen der notwendigen Milliarden-Investitionen leider nicht.



VORWORT

Niedersachsen spielt dabei eine zentrale Rolle. Über schwimmende Anlagen in Wilhelmshaven können provisorisch schon im nächsten Jahr schon etwa vierzig Prozent des russischen Gases kompensiert werden. Und ab 2025 könnten dann dauerhafte Strukturen in Wilhelmshaven und in Stade zur Verfügung stehen, um die gesamte Gaskapazität aufzunehmen und weiterzuleiten würden, die heute noch aus Russland geliefert wird. Das ist deutlich schneller als Vorhaben in anderen Bundesländern. Ein solches Vorgehen ist für sich genommen schon einmal sehr sinnvoll, aber es entsteht darüber hinaus noch ein zweiter Effekt. Klar ist Flüssiggas eine gute Alternative zu russischem Erdgas, aber ebenso wenig klimafreundlich. Und auch, wenn wir hoffentlich bald wieder einen stabilen Frieden haben, wird der Klimawandel trotzdem weiter gehen.

Wenn wir das ändern wollen, brauchen wir riesige Mengen von Wasserstoff auf der Basis von Erneuerbaren Energien.

Dieser grüne Wasserstoff muss möglichst rasch in großem Umfang für den privaten Verbrauch bei Heizungen und die wirtschaftliche Nutzung zur Verfügung stehen. Klar ist: Die Energiewende werden wir ohne Importe aus anderen Ländern nicht schaffen. Das Gute ist aber, dass sich eine Infrastruktur für Flüssiggas auch schon so aufbauen lässt, dass sie hoffentlich bald auch für grünen Wasserstoff zur Verfügung stehen kann. Man schlägt also zwei Fliegen mit einer Klappe in einer Frage, die sich lange nicht vom Fleck bewegt hat. In Niedersachsen werden wir uns dafür jedenfalls sehr engagieren.

Einen hoffnungsvollen Monat wünscht

Rüdiger Kauroff

Landtagsabgeordneter für
Garbsen und die Wedemark



Enquetekommission Ehrenamt übergibt Abschlussbericht

Die Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ hat im März nach 38 Sitzungen ihre Arbeit im niedersächsischen Landtag abgeschlossen. In der letzten Sitzung wurde der Abschlussbericht an die Landtagspräsidentin Dr. Gabriele Andretta übergeben. Ich war für die SPD-Fraktion als Sprecher der Enquetekommission tätig.

Die Kommission wurde am 30. Juni 2020 vom Niedersächsischen Landtag eingesetzt. Aufgabe der Kommissionsmitglieder war es, die Rahmenbedingungen für das vielfältige ehrenamtliche Engagement in Niedersachsen zu verbessern

und an die technischen, sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Dabei sollten Handlungsfelder für die drängenden Herausforderungen rund um das Ehrenamt erarbeitet, Maßnahmen zur Förderung und Stärkung des freiwilligen, gemeinwohlorientierten, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten Engagements vorgelegt, Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Ehrenamtsquote von Frauen und jungen Erwachsenen entwickelt sowie Maßnahmen und Gesetzesvorschläge zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalem Mandat erarbeitet werden.

Die Kommission hat dazu konkrete strategische Maßnahmen für das Land Niedersachsen empfohlen und unter anderem die Förderung und Verfahrensvereinfachung auf den Weg gebracht sowie das Thema Koordination und Vernetzung in den Blick genommen.



Vereine sollen deutlich mehr digitale Unterstützung bekommen. Eine merkliche Entbürokratisierung und Erleichterungen beziehungsweise praxistaugliche Hilfen bei der Umsetzung des Datenschutzes sind vorgesehen. Angestrebt werde ein Weg, der auf eine sachgerechte und Augenmaß bewahrende Anwendung der Datenschutzgrundverordnung setzt, mit dem gemeinnützige Organisationen vor zu großen datenschutzrechtlichen Anforderungen geschützt werden sollen.

Dazu gehört auch, dass die Öffentlichkeitsarbeiter der Vereine genauso behandelt werden wie Journalisten, das Medienprivileg mithin auf Vereine ausgedehnt werden sollte, wodurch sie größere Freiheiten hinsichtlich der Veröffentlichung von Fotos erhielten.

Wir wollen das Engagement junger Menschen mehr würdigen, indem Inhaber:innen der Jugendleiter-Karte ‚JuLeiCa‘ zukünftig mit Abschluss ihrer Ausbildung automatisch die Ehrenamtskarte beantragen können. In den schulischen Lehrplänen wollen wir eine Art Ehrenamts-Praktikum verankern, um die Kultur des gesellschaftlichen Engagements zu vermitteln. Über den Ausbau von Mentoring-Programmen kann zudem die Sichtbarkeit von Frauen und anderen unterrepräsentierten Gruppen erhöht werden.

In der Kommission und in seinem Bericht haben wir noch zahlreiche weitere, konkrete Vorschläge besprochen und wollen einiges zeitnah auf den Weg bringen. Den ganzen Abschlussbericht gibt es auf der Internetseite des Landtages zum Download und zum Nachlesen.



Freistellungen im Katastrophenschutz kurzfristig gewährleisten

Dem Ehrenamt wollen wir politisch noch mehr Gewicht geben. Dies zeigt auch die schnelle Umsetzung des Vorschlags der kommunalen Spitzenverbände zur Verbesserung des Freistellungsanspruchs für ehrenamtliche Mitarbeitende der Hilfsorganisationen von letzter Woche. Die Helferinnen und Helfer der Hilfsorganisationen und der Feuerwehren werden in den nächsten Tagen und Wochen bei der Versorgung und Unterbringung der ukrainischen Kriegsvertriebenen dringend gebraucht.

Damit wir für die zehntausenden Schutzsuchenden weiterhin die nötige Unterstützung leisten können, wollen wir die Freistellungsregelungen und den Verdienstausschluss für die Ehrenamtlichen landesweit regeln. Ohne die kurzfristige Unterstützung der ehrenamtlichen Zivilgesellschaft werden die Kommunen die vor uns liegenden Herausforderungen nur schwer bewältigen können..

Da wir auf die Hilfsbereitschaft unserer Bevölkerung angewiesen sind, werden wir noch heute eine Änderung des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes (NKatSG) beschließen und ein außergewöhnliches Ereignis für Transport, Unterbringung, Betreuung und Versorgung von Kriegsvertriebenen feststellen. Künftig können die Helferinnen und Helfer der Hilfs- und Rettungsorganisationen in Niedersachsen auch unterhalb des Katastrophenfalls für ihre Unterstützung freigestellt werden.



Antrittsbesuch bei Garbsens Bürgermeister Claudio Provenzano

Wir wollen Garbsen gemeinsam voranbringen: Daher war ich beim Bürgermeister Garbsens, Claudio Provenzano, zum Antrittsbesuch. Ein Thema des Gesprächs waren die Schnittstellen von Land, Region und Stadt. Im Kontext des Krieges in der Ukraine lag der Fokus des Austausches allerdings auf der bestmöglichen Zusammenarbeit bei der Aufnahme, Versorgung und Betreuung von Geflüchteten in Garbsen.

Provenzano lobte die Unterstützung des niedersächsischen Innenministeriums ausdrücklich: „Der Austausch über die rechtlichen Grundlagen war für uns in der aktuellen Ausnahmesituation sehr hilfreich“

Bei der Unterbringung der Menschen aus der Ukraine stünden insbesondere die Kinder im Fokus. Es fehle in der Stadt ohnehin an Kita- und Krippenplätzen – jetzt gewinne das Thema noch mehr an Bedeutung. Die Stadt prüfe einen möglichen Lösungsansatz, bei dem kurzfristig Standards und Regularien geändert werden, um die Kapazitäten der Einrichtungen für eine begrenzte Zeit zu erhöhen. Einig sind wir uns auf alle Fälle darin, dass unabhängig von der aktuellen Notsituation, Neubauten und erhöhte Kapazitäten bei Krippen- und Kindergartenplätzen in Garbsen notwendig sind. Auch die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen bis zum Jahr 2026 war Thema des gemeinsamen Gesprächs.

Unsere gemeinsame Erkenntnis: Es gibt viel zu tun und gemeinsam können wir viel erreichen. Kommune und Land, Hand in Hand wollen wir unsere Heimat, unser Garbsen, voranbringen.



112% für Niedersachsen: Austausch mit unseren Feuerwehren

Am 17. März diskutierte die SPD-Landtagsfraktion bei der Veranstaltung „112 % für Niedersachsen“ mit rund 190 engagierten Feuerwehrleuten, wie die hohe Leistungsfähigkeit der niedersächsischen Feuerwehren aufrechterhalten und in den nächsten Jahren noch ausgebaut werden kann. Mit dabei waren auch SPD-Innenminister Boris Pistorius sowie der Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Olaf Kapke.

Um die Krisenfähigkeit des Landes weiter zu stärken, wollen wir noch in diesem Sommer ein neues Katastrophenschutzgesetz im Landtag verabschieden. Unter anderem wollen wir die Möglichkeit schaffen, ein

eigenes Zentrallager sowie zentrale Landeseinheiten zur Krisenintervention dauerhaft vorzuhalten. Mit dem Niedersächsischen Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz haben wir bereits eine leistungsfähige Organisation auf Landesebene geschaffen.

DPD-Innenminister Pistorius und ich waren uns einig, spätestens in der kommenden Legislaturperiode ein neues Brandschutzgesetz auf den Weg bringen zu wollen. Richtschnur sollen dabei die Ergebnisse der Strukturkommission sein.

Die starken Unwetter im Februar und die hohen Anforderungen zur Bewältigung der aktuellen Fluchtbewegungen haben die niedersächsischen Feuerwehren und Hilfsorganisationen in den vergangenen Wochen stark herausgefordert. Sie haben aber auch gezeigt, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger jederzeit und im Ernstfall auf ihre Hilfe verlassen können!

FLÄCHENVERBRAUCH REDUZIEREN, BRACHFLÄCHEN REAKTIVIEREN, BAULÜCKEN SCHLIESSEN

Wir brauchen Wohnraum – und dazu braucht es Bauland. In vielen Kommunen gibt es einen Stau an Verfahren zur Ausweisung von Bauflächen, der kaum abzuarbeiten ist. Gleichzeitig werden meist Flächen im Umland von Siedlungen ausgewiesen. In vielen Kommunen liegen zahlreiche Anträge vor, Baulücken oder ein zweites Gebäude auf ein Grundstück zu bauen. Hierzu braucht es aber ganze Planverfahren, die in den meisten Bauämtern für ein oder zwei Grundstücke nicht angegangen werden, weil es eben wichtiger ist, ganze Baugebiete, Schulen oder Feuerwehren zu planen. Deswegen braucht es eine generelle Regelung, unter welchen Bedingungen man hier ohne aufwändige Bebauungsplanverfahren nachverdichten kann.

Jeder Bürgerin und jedem Bürger fällt auf Anhieb mindestens ein Grundstück in ihrer oder seiner Kommune ein, das nicht mehr genutzt wird. Oft liegen diese Brachen mitten in der Stadt. Auf diesen Grundstücken kann Wohnraum kurzfristig geschaffen und dabei Erschließung und Bebauung von Flächen auf der grünen Wiese gespart werden. Durch die Ausweisung von Baugebieten außerhalb der Siedlungsgebiete sind in den letzten zehn Jahren so jeden Tag rund 10 Hektar Natur und Ackerland verloren gegangen. Diesen intensiven Flächenverbrauch wollen wir stoppen, da er unseren Nachhaltigkeitszielen und den Ansprüchen unseres Niedersächsischen Wegs widerspricht.

Ein bisheriges Hemmnis für Reaktivierungen sind die teils hohen Kosten für die Altlastenbeseitigung und den Abriss. Darum wollen wir gezielte Förderungen entwickeln, wie die Neugestaltung solcher sogenannten Schrottimmobilien konkurrenzfähig gegenüber unbebautem und unvorbelastetem Bauland wird. Damit wollen wir den Abriss und die Renaturierung solcher Flächen für Kommunen attraktiver gestalten. Die Beseitigung von Altlasten ist ein genereller Gewinn für Mensch und Natur.

WIRTSCHAFTSHILFEN FÜR LANDGASTHÖFE UND SAALBETRIEBE ZEITNAH EINFÜHREN

Landgasthöfe in Niedersachsen sind als Ausflugsziel und Treffpunkt der Dorfgemeinschaften eine wichtige Säule der ländlichen Regionen. Durch die Folgen der Corona-Krise stehen Gaststätten und Saalbetriebe weiterhin vor großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, da Gruppenfahrten, Geburtstage oder Hochzeiten in den letzten Wochen und Monaten ausfallen mussten. Die Wiedereröffnung der häufig langen geschlossenen Betriebe kommt nur spärlich in Gang. Aktuell geraten die Betreiber:innen wegen steigender Lebensmittelpreise zusätzlich unter Druck.

Die Landgasthöfe brauchen dringend effektive Wirtschaftshilfen, um überleben zu können. Vor mehr als einem Monat hatte der niedersächsische Wirtschaftsminister ein entsprechendes Konzept öffentlich angekündigt. Den Betrieben läuft die Zeit davon, wir erwarten daher, dass ein solches Hilfsprogramm nun zeitnah vorgelegt wird“, macht Tippelt deutlich.

Aktuell geben fast täglich Landgasthöfe ihren Betrieb in Niedersachsen auf. Das hat nicht nur für die betroffenen Menschen und das soziale Zusammenleben in den Orten dramatische Folgen. Das Fehlen der Gaststätten und Säle wird auch den Tourismusstandort Niedersachsen schwächen. Schließlich lockt das vielfältige und breite Angebot ländlich geprägter Gastronomie in normalen Zeiten viele Gäste in unsere Regionen. Der Wirtschaftsminister muss hier dringend die angekündigte Unterstützung und die Förderbedingungen vorlegen.

WWW.RUEDIGER-KAUROFF.DE

KAUROFF

VERANTWORTLICHER IM SINNE DES PRESSERECHTS:

RÜDIGER KAUROFF

LAYOUT:

JAN HARTGE

REDAKTION:

JAN HARTGE, ALEXANDER VOGEL

Kontakt

Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
0511 - 1674 348
buero@kauroff-spd.de

Weiteres

www.ruediger-kauroff.de
facebook.com/ruedigerkauroff
instagram.com/ruediger.kauroff

VERWENDETE FOTOS: CANVA